

Guatemala Stadt – Ende Februar 2022

Notizen eines deutschen Anwalts

in Guatemala (76)

Der Februar hat nicht nur in Osteuropa eine Dramatisierung der Situation gebracht. Leily Santizo¹, ex-Anwältin der CICIG, wurde am 10.2. verhaftet und mit ihr drei KollegInnen aus dem, was einmal die FECI war. Kurz zuvor war Richter Xitumul in einem Fall, in dem er das Opfer eines betrunkenen Polizeioffiziers war, die Immunität aberkannt worden; er ist jetzt Spielball eines Systems, das nur darauf wartet, Rache zu nehmen². Richterin Erica Aifán³ steht kurz vor derselben Situation. Sie wird jetzt auch noch beschuldigt, zwei Verfahren verbunden zu haben, die die Korrupten nicht verbunden sehen wollten; Anwältin Santizo hatte den Antrag gestellt, was dann der absurde Grund ihrer eigenen Verhaftung wurde⁴, zumindest soweit man weiss. Die Verfahren laufen „bajo reserva“; niemand kennt den Aktenstand, jede Manipulation ist möglich. Ein weiteres Mitglied der FECI, Rudy Herrera, schaffte es Mitte Februar gerade noch, vor seiner Verhaftung in die USA zu fliehen. Er war Teil des Teams, das den Fall der „Manipulierung der Richterwahlen“ (u.a. Notizen 54, 58, 59) ermittelte, der längst nur noch der Sargnagel dessen ist, was sich mal Justiz nannte. In einer Erklärung, bereits aus dem Exil, schrieb er, dass

„Generalstaatsanwältin Porras ihr Amt mit der Mission angetreten sei, den kriminellen Netzen, die sie verfolgen soll, Straffreiheit zu garantieren.“ Drei Tage später verliess auch sein Kollege Videz das Land; unmittelbar davor warnte er noch, dass die Jagd nicht nur auf Justizangehörige sondern auch auf AktivistInnen und Oppositionelle zielt. Der Pakt hat radikal auf Offensive geschaltet, während Medien wie El País, Washington Post, New York Times und CNN Hintergrundartikel über die Hexenjagd und ihre wahrscheinlichen Gründe schreiben (s.u.).

Das neue Verfassungsgericht, das seit seiner ersten Sitzung keines mehr ist, legte noch einen drauf und entschied in einer haarsträubenden vorläufigen Anordnung gegen seine eigene Rechtsprechung⁵, dass die Richtertätigkeit nicht der Anwaltschaft gleichzustellen sei. Mit einem Federstrich wurden damit langjährige RichterInnen, die evtl. für die Nachfolge von Porras (Notizen 74/75) kandidieren wollten, ausgeschlossen; der Pakt tat das, weil er wohl ähnlich wie ich (Notizen 75), die entfernte Möglichkeit sah, dass die Dekane der Jura-Fakultäten mit ihrer Mehrheit in der Postulationskommission dem Präsidenten eine Liste von sechs unabhängigen KandidatInnen⁶ vorlegen könnte, die ihn zwingen würde, einen von ihnen zu ernennen. Diese Option ist jetzt

¹ Sie war Anwältin der CICIG in wichtigen Korruptionsverfahren und verteidigt seitdem verschiedene KollegInnen der FECI, denen versucht wird, erfundene Verfahren anzuhängen.

² Er ist seit 17 Jahren Richter, u.a. in Verfahren wie das wegen Völkermord gegen Ríos Montt, Molina Theissen, dem Massaker der Las Dos Erres, aber auch in Korruptionsverfahren wie dem gegen die ehemaligen Vizepräsidentin Rozana Baldetti, die mit ein paar Flaschen „Wunderwasser“ den Lago Amatitlan reinigen wollte und dabei Millionen einsackte.

³ Sie ist Richterin in vielen grossen Korruptionsfällen, u.a. in den von „Benito“ und der „Manipulierung der Richterwahlen“, (s.u.)

⁴ Da diese Begründung völlig absurd ist, ist damit zu rechnen, dass sie mit Hochdruck daran arbeiten, die Akten für weitere „Ermittlungen“ zu manipulieren und neue „Straftaten“ zu erfinden.

⁵ In Guatemala sind RichterInnen AnwältInnen und als solche als zahlende Mitglieder der Anwaltskammer im Anwaltsregister

eingeschrieben. Noch am 19.11.2014 hatte dasselbe Gericht, damals unter Vorsitz von Molina Barreto, anerkannt, dass „alle Friedens- und erstinstanzlichen Richter, die sich um das Amt des Generalstaatsanwalts bewerben wollen, aktive Anwälte sind“. Molina, eng verbunden mit der Familie von Ríos Montt, ist heute wieder Verfassungsrichter und manipuliert seit Jahren das Justizsystem.

⁶ Im Januar noch hatte ich den Dekan der DaVinci-Universität als das mögliche Zentrum eines solchen Versuchs erwähnt, nur wurde der einen Tag nach Fertigstellung der Notizen vom vereinten Druck der Korrupten auf Antrag der Stiftung gegen den Terrorismus (s.u.) wieder abgesetzt. Auch zwei weitere Dekane anderer Universitäten wurden nach Beginn des Prozesses ausgewechselt, so dass sie jetzt glauben, die Katze im Sack zu haben.

praktisch erledigt; er hat keine sechs unbelasteten KandidatInnen mehr.

Auch Giammattei hält den Monat Februar für historisch, allerdings aus einem anderen Grund. Auf seinen Antrag hat der Kongress den 9. März zum Tag des „Lebens und der Familie“ ernannt; konkreter Anlass war ein evangelikaler Kongress an diesem Datum und natürlich der Wunsch, dem 8. März ideologisch etwas entgegenzusetzen; aber das Ganze sollte auch davon ablenken, dass die Jagd auf die die Justiz drei Gänge hochschaltete, um ihn selbst zu schützen. In der zweiten Februarwoche hatte El Faro aus El Salvador Aussagen veröffentlicht, in denen engste Vertraute Giammatteis ihn 2021 vor der FECl ins Zentrum eines neuen Skandals stellten. Diese Infos schlugen jetzt national und international Wellen und erklären im Nachhinein, warum er sein Kamala Harris im Mai 2021 gegebenes Wort, nichts gegen den Chef der FECl, Francisco Sandoval, zu unternehmen, schon im Juli brach.

Erinnern wir uns: Die FECl, damals noch Garant für unabhängige Ermittlungen, fand im Oktober 2020 in einem Haus in Antigua 22 Koffer mit USD, Euros und Quetzales im Wert von über 122 Millionen Quetzales; an zwei der Koffer hingen noch Anhänger mit José Luis Benitos Namen, wohl Zeugen früherer Reisen des ex-Ministers⁷. Das Haus gehört Jorge Bruni, einem engen Vertrauten Giammatteis und damals Generalsekretär seiner Partei; Benito war sein Mieter.

Im Laufe der Zeit, Sandoval ist noch Chef der FECl, erklärten dann zwei Zeugen, ebenfalls aus dem engsten Kreis Giammatteis, dass dieser Benito vor der Stichwahl 2019 zusicherte, für ein weiteres Jahr Bauminister bleiben zu können. Im Gegenzug sollte Benito aus seinem Vorrat 2.6 Millionen USD

für die bevorstehende Stichwahl Ende 2019 zur Verfügung stellen. Das Geld floss, vermittelt über Jorge Bruni, der es laut Zeugen einen Vorschuss für „zukünftige Regierungsaufträge“⁸ nannte; allerdings wurde Benito nicht mehr ernannt, da sein Kartenhaus begann zusammenzubrechen und er flüchtete.

Beide Aussagen wurden auf Antrag der FECl richterlich bestätigt, womit sie jederzeit in einem Verfahren verwertbar sind; zum Verdruss von Giammattei war dafür Erica Aifán zuständig, die seitdem beide Originale in einem Tresor unter Verschluss hält. Wir wussten von diesen Hintergründen nichts bis zu der Publikation des El Faro Anfang Februar, der Zugang zu beiden Aussagen und weiteren Einzelheiten hatte.

Die Nachricht der neuen illegalen Zahlung an Giammattei lief um die Welt; CNN widmete dem Skandal drei Abende, interviewte u.a. Sandoval und Aifán und machte Giammattei persönlich verantwortlich für die Jagd auf die Richter. Der verlangte über seinen Sprecher noch vor der Sendung eine Gegenerklärung. Fernando Del Rincón von CNN fragte: „Gegenerklärung zu was?“ Es war ja noch gar nichts gesendet worden; stattdessen forderte er Giammattei erneut auf, vor der Kamera Stellung zu nehmen. Giammattei hatte vor seiner Wahl versprochen, jede Einladung Del Rincons anzunehmen, „weil, wer nicht transparent regiert, nicht regiert...“; selbstverständlich tat er das auch diesmal nicht.

Was das Ganze noch abstruser macht, aber für die Lage letztlich bezeichnend ist, ist die Tatsache, dass fast alle oben geschilderten Massnahmen die Handschrift der sog. Stiftung gegen den Terrorismus tragen. Viele der Anzeigen kommen von hier und geben Richtung und Rhythmus der

⁷ Benito verschwand sofort, zumal er noch andere Verfahren offenstehen hatte, u.a. wegen des „Jahrhundertprojektes“ der Umgehungsstrasse von Chimaltenango, das bei jedem stärkeren Regen in Erdbeben und Schlamm versinkt.

⁸ Aktuell werden von La Hora un El Periódico täglich Details über diese „Staatsaufträge“ veröffentlicht, die immer in die gleichen Hände fallen, insgesamt über Milliarden gehen und Ruinen an öffentlichen Bauten und Staaten hinterlassen...

Hetzjagd vor; die Stiftung ist omnipräsent in der Staatsanwaltschaft und hat ihren Schreibtisch wohl in der Chefetage stehen. Wer hier nicht spürt, wird selbst verfolgt; Porras und Méndez Ruíz⁹ arbeiten Hand in Hand.

So war es auch am 23. Februar. Virginia Larra, formell noch Chefin der FECl in Quetzaltenango, wurde ebenfalls verhaftet; wieder ohne klare Gründe, wieder kommt die Anzeige von der Stiftung und wieder wird die im Handumdrehen umgesetzt. Stunden später schmeisst ein weiterer Hilfsstaatsanwalt die Brocken hin und geht ins Exil; er war Ermittler des Falles „La Línea“, der 2015 die Proteste und dann Rücktritt und Inhaftierung von Molina Pérez und Baldetti auslöste.

Dass ein gescheiteter Staat (failed state) sich hinter ultrarechten Nebelkerzen versteckt, ist sicher nichts Aussergewöhnliches; aber hier hat man den Eindruck, dass Méndez Ruíz längst die Staatsgeschäfte im Thema Justiz übernommen hat. Er ist voller Hass und nimmt die Verfolgung von RichterInnen und FECl, von AktivistInnen und Opposition absolut persönlich. In der Sitzung zur Verlesung des Haftbefehls gegen Leily Santizzo und ihre Kollegin griffen er und sein Kollege Falla beide samt ihren Verteidigerinnen an; erst mit Worten und dann tötlich. Gefängnisbeamte mussten eingreifen. Kurz zuvor besuchte Personal von UDEFEGUA¹⁰ Mariscal Zavala¹¹, um die Situation von Santizo zu verifizieren, die hier zusammen mit Beschuldigten einsitzt, gegen die sie selbst ermittelt hatte, was ihre Lage noch

prekärer macht. Sofort wurde UDEFEGUA von Angehörigen der Familie Mendoza Mata¹² tötlich angegriffen, ohne dass Militärpersonal eingriff. Selbst auf der Ebene dieser Details wird uns der Schulterchluss staatlicher Behörden, organisierter Kriminalität und Ultrarechten wieder und wieder vorgeführt.

Auf den ersten Blick ist da vielleicht erstaunlich, dass trotz dieser Situation einige Gerichte positive Urteile in Verfahren zu Kriegsverbrechen gesprochen haben¹³, allerdings hat das Schicksal einiger Paramilitärs im Augenblick wenig Priorität für den Pakt; zudem sind auch hier mutige RichterInnen tätig, die ohnehin auf der Abschussliste stehen. Dazu gehört Gálvez, der für die Haftbefehle gegen hohe ex-Offiziere im Fall des Diario Militar steht (Notizen 68/69). Hier ist die Strategie wohl, erst die Justiz zu „säubern“ und dann diese Fälle zu schliessen. Im Gegensatz dazu haben andere Dinge erste Priorität, wenn sie denn vom CACIF kommen: Am 24.2. kündete Giammattei einen Verzicht auf längst fällige Milliardenzahlungen von Unternehmen zum Sozialversicherungssystem an. Angeblicher Grund dafür ist, die Unternehmer anzuspornen, die gesetzlich fälligen Beiträge zumindest in Zukunft zu zahlen. Tatsache ist, dass die letzte Amnestie mit gleicher Begründung aus 2017 stammt und natürlich keine solche Folge ausgelöst hat.

Miguel Mörth

⁹ Er ist Chef der Stiftung; sie wurde ausdrücklich gegen die 2010 ernannte Generalstaatsanwältin Claudia Paz, die den Völkermordprozess ermöglichte, gegründet, um die angeklagten Militärs zu verteidigen. Terrorismus ist gemäss Stiftung all das, was nicht mit ihrer Sichtweise übereinstimmt. Méndez Ruíz ist Sohn des mittlerweile verstorbenen Innenministers (1982/83) von Ríos Montt, der der Anklage im CREOMPAZ-Prozess nur durch sein Ableben entkam.

¹⁰ Einheit zum Schutz von VerteidigerInnen der Menschenrechte.

¹¹ Instalationen für Untersuchungshaft in einer Militärkaserne. Die meisten der hier einsitzenden Personen wie ex-Präsident Pérez Molina verdanken ihre Haft Ermittlungen von CICIG und FECl.

¹² Angehörige dieser Familie sitzen, ebenfalls wegen Ermittlungen von CICIG und FECl, seit ca. fünf Jahren ein, weil sie versuchten Campesino-Familien die ihnen vom Staat übergebenen Fincas mit Erpressung und Waffengewalt zu rauben.

¹³ Im Januar wurden ex-Paramilitärs (PAC) zu 30 Jahren Haft verurteilt, weil sie die massenhafte Vergewaltigung von Frauen der Maya-Achí Bevölkerung zu verantworten haben, die zwischen 81 und 85 systematisch als Kriegsmittel eingesetzt wurden. Ende Februar wurden ein anderer Paramilitär zu 45 Jahren verurteilt wegen des Verschwindenslassens mehrerer Personen. Gleichzeitig wurden im Februar mehrere Soldaten verhaftet wegen der Ermittlungen im Fall Xamán, einem Massaker aus dem Jahre 1995.